

12.12.2017

Antrag

der Fraktion der SPD

Zukunft der EU-Finzen und EU-Förderpolitik nach 2020 sichern

I. Ausgangslage

In Brüssel beginnt die Diskussion zur Zukunft der EU-Förderpolitik in der nächsten Förderperiode ab 2021. Nicht wenige Stimmen sagen, dass es künftig gar keine europäische Förderpolitik mehr geben sollte, dass die Mittel deutlich reduziert werden oder gar umgestellt werden müssten. Sowohl die Mitteilung der EU-Kommission zur Halbzeitprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens der EU 2014-2020 als auch Kommissionspräsident Junckers Plan, die Mittel für den Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI), zu verdoppeln ließ darauf schließen, dass die Kommission zukünftig stärker auf zentral verwaltete Programme setzt. Dies darf aber nicht zulasten von sog. stärker entwickelten Regionen wie NRW gehen wird.

Dabei ist klar: Die Regionalpolitik ist für unser Bundesland Nordrhein-Westfalen und seine Kommunen unverzichtbar, um vor Ort Projekte zu finanzieren. Viele Menschen wissen gar nicht, wie viel europäisches Geld in großen wie kleinen Projekten in ihrer Region steckt. Zur Veranschaulichung: Deutschland profitiert in der aktuellen Förderperiode mit knapp 20 Milliarden Euro aus dem Regionalfonds (ERDF) und dem Sozialfonds (ERDF). Mit dem ERDF werden Innovation und Forschung gefördert. Gezielt werden strukturschwache Regionen als Innovationsstandorte gefördert, ebenso wie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Der ERDF hat in der letzten Förderperiode Millionen Menschen in Deutschland bei der Aus- und Weiterbildung bzw. Qualifizierung unterstützt.

Für Nordrhein-Westfalen stehen insgesamt 2,4 Milliarden Euro EU-Mittel zur Erreichung der wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischen Ziele bereit. Die Anteile aus den verschiedenen Fonds betragen 1,2 Milliarden Euro aus dem ERDF, 627 Millionen Euro aus dem ERDF und 618 Millionen Euro aus dem ELER.

Konsens muss sein: An der Regionalpolitik darf nicht gespart werden. Denn dies würde bedeuten, an Investitionen in Jobs, Wachstum, Innovation zu sparen.

Auch nach dem Jahr 2020 ist es von enormer Wichtigkeit, dass es das Instrument der Strukturpolitik auch für Deutschland und seine Regionen gibt. NRW hat in den letzten Jahrzehnten von der EU-Förderung profitiert und damit nicht nur Projekte in strukturschwachen Gebieten angestoßen, sondern damit auch einen europäischen Mehrwert geschaffen.

Datum des Originals: 12.12.2017/Ausgegeben: 12.12.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bevor die Landesregierung sich in die Debatte um die EU-Kohäsionspolitik bewegt ist es aber auch notwendig Stellung zur Gestaltung des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens zu beziehen. Die Europäische Union kann ihre wachsenden Aufgaben wie bspw. der Verteidigungspolitik nur erfüllen, wenn mehr Geld zur Verfügung steht. Das hat die EU-Kommission auch mit ihrem letzten Reflexionspapier deutlich gemacht. Ihre Vorschläge, etwa zur Reform der Eigenmittel, fordert das Europäische Parlament schon lange. Vor allem der bevorstehende Austritt des Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (kurz: Brexit) wird gravierende Folgen für die EU-Finzen haben. Der Brexit wird die europäische Haushaltspolitik der kommenden Jahre bestimmen. Durch den Austritt bestünde ein Fehlbetrag von mindestens 10 Milliarden Euro. Das entspricht in etwa der Höhe des europäischen Forschungsprogramms, aber nur etwa einem Viertel der Agrar- oder Regionalpolitik.

II. Der Landtag beschließt:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich in der Diskussion um die Zukunft der EU-Finzen dafür einzusetzen, dass nachfolgende Aspekte zu berücksichtigen sind:
 - a. Die Bundesregierung soll ausreichend hohe Mittel für das EU-Budget bereitstellen, die über 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens hinausgehen.
 - b. Die Landesregierung soll sich dafür einsetzen, dass der EU Haushalt nicht mehr so stark von nationalen Budgets abhängig ist. Es bedarf eigener Einnahmequellen, beispielsweise durch die Umsetzung der Finanztransaktionssteuer.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass Nordrhein-Westfalen auch in der neuen Förderperiode mindestens so hohe Fördermittel wie in der aktuellen Förderperiode zur Verfügung stehen. Zudem sind nachfolgende Aspekte in der Debatte zu berücksichtigen:
 - a. Die EU-Förderprogramme gelten für sieben Jahre. Das sorgt zwar für Planungssicherheit, darf aber nicht dazu führen, dass Bund und Länder auf neue, unvorhergesehene Herausforderungen nicht flexibel reagieren können. Hier muss ein leichteres Umsteuern möglich sein. Mitgliedstaaten, die mehr leisten, sollten dementsprechend auch belohnt werden und Gelder, die in anderen Mitgliedsstaaten nicht genutzt, besser umgeleitet werden.
 - b. Europäische Fördergelder sollten bedarfsgerecht und zielgerichtet eingesetzt werden, damit die jeweilige Region auch wirklich ihre Schwächen bekämpfen und ihre Stärken ausbauen kann.
 - c. Bürokratische Hürden sollen weiterhin abgebaut werden. Die SPD-geführte Landesregierung hat bereits zu vielen Verbesserungen beigetragen durch Einführung von Pauschalen für Personal- und Gemeinerausgaben, Erleichterung des Vergaberechts für private Zuwendungsempfänger, Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements als Ausgabe sowie der deutlichen Reduktion der Anzahl der bewilligenden zwischengeschalteten Stellen (von über 100 auf max. 10).

3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die zuständigen Ausschüsse regelmäßig über den Stand der Gespräche auf europäischer, bundespolitischer und regionaler Ebene zu informieren.

Norbert Römer
Marc Herter
Thomas Kutschaty
Michael Hübner
Nadja Lüders
Rüdiger Weiß
Frank Sundermann
Josef Neumann

und Fraktion